

Polnisches Westprogramm

Von Walther Hand

In dem Augenblick, als Deutschland den kessenden Hilferuf seiner wirtschaftlich zusammenbrechenden Ostprovinzen aufgriff, um durch die Schaffung eines Ostprogramms, wie es jetzt durch die letzten Beschlüsse des Reichskabinetts feste Formen angenommen hat, für die kommenden fünf Jahre die dringendste Notlage zu lindern, regte sich auch der Nachbar an unseren Ostgrenzen, um für seine Westgrenze eine Hilfsaktion großen Stils durchzuführen. Und doch besteht hier ein grundlegender Unterschied. Während die Hilfe der Reichs- und Staatsregierung dazu bestimmt ist, einen zur Dauereinrichtung gewordenen Notstand in dem durch den Versailles Vertrag wirtschaftlich und kulturell zerrissenen deutschen Osten zu lindern, wünscht Polen durch sein Westprogramm seine Entdeutschungsbestrebungen in Polen und Pommerellen zu stärken. Waren in Warschau rein wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend, so mühte die polnische Regierung ihr Hauptaugenmerk auf die polnische Ostgrenze zu richten. Denn das preussische Teilgebiet des neuen polnischen Staates ist von den drei Teilgebieten das bei weitem lebensfähigste.

In Wirklichkeit geht es in Polen um ganz andere als um wirtschaftliche Dinge. Wohl führt man das Wort Wirtschaft als Aushängeschild, aber die sogenannte wirtschaftliche Unterstützung gilt nur den aus Kongresspolen an die Westgrenze geflohenen polnischen Siedlern, Kaufleuten und Handwerkern. Man will den lästigen Wettbewerb der wenigen noch in Polen und Pommerellen verbliebenen Deutschen ausschalten und diese dadurch zur Abwanderung zu zwingen. Auf der anderen Seite spielen in Polen militärpolitische und strategische Dinge immer die erste Rolle. Dieses Volk sucht eben mit aller Gewalt eine Großmachstellung zu erlangen. Von diesen Gesichtspunkten aus muß das polnische Westprogramm im Gegensatz zum deutschen Ostprogramm gesehen und gewertet werden.

Die Wirtschaftsführer von Pommerellen haben der Warschauer Regierung nach deutschem Muster eine Denkschrift über ein „Sofortprogramm“ unterbreitet, in der sie unter Hinweis auf den Hilfsplan Deutschlands für seine Ostprovinzen und auf das „Gespenst“ des Panzerkreuzers B die maßgebenden Stellen auf die Erfordernisse ihrer Wohlstand hinweisen. In der Denkschrift wird noch betont, daß nicht nur Kredithilfe gewährt, sondern vor allem ein umfassendes Wirtschaftsprogramm aufgestellt werden müsse. Fast gleichzeitig mit der Wirtschaft Pommerellens hat die Hauptversammlung des Verbandes der kaufmännischen Vereine in der Provinz Posen ein Programm unverzüglicher Hilfe für seine Betriebe gefordert. Mit großen Worten wird in einer Entschließung an die Warschauer Regierung gefordert, es müßten Kredite in so ausreichender Zahl bewilligt werden, daß jeder Kaufmannladen, jedes gut wirtschaftende Gewerbe und jede Maschinenfabrik zu „einem Bollwerk an der unblutigen Front des Kampfes um die Großmachstellung Polens“ angefaßt der Angriffe der Nachbarn jenseits der Grenze“ werde.

Auf Grund der verschiedenen Denkschriften hat die polnische Regierung jetzt ein vorläufiges Hilfsprogramm für die Landwirtschaft an der Westgrenze aufgestellt. Vorerst aber nur für Pommerellen, das für Posen soll bald folgen. Zur Unterstützung der kleineren und mittleren Landwirtschaften in Pommerellen (bis 150 Hektar) ist durch die Staatliche Polnische Landwirtschaftsbank eine erste Summe von 8 Millionen Zloty bereitgestellt worden. Auf jeden Kreis entfallen annähernd 450 000 Zloty. Außerdem erhalten die drei nördlichen Ostseekreise — Polen nennt sie in seiner bilderhaften und leicht überheblichen Sprache Meerkreise — eine Summe von je 100 000 Zloty.

Besonders für Deutschland beachtenswert ist in diesem wirtschaftlichen polnischen Westprogramm die Ausschüttung einer Summe in Höhe von 3 Millionen Zloty „zur Auf-

rechterhaltung des polnischen Besitzstandes im Auslande“. Dieses Geld soll seiner Bestimmung nach in die deutschen Grenzkreise in Ostpreußen und in die Grenzmark Posen-Westpreußen fließen. Hier wird zum erstenmal die Quelle verraten, aus der die Mittel stammen, mit denen die polnischen Bauern im deutschen Osten zusammengebrochene deutsche Wirtschaften austausen. Wer den Boden besitzt, wird letzten Endes Sieger sein.

Die militärpolitische und strategische Seite des polnischen Westprogramms ist reich und vielseitig. In der polnischen Öffentlichkeit wird immer wieder mit der Behauptung gearbeitet, daß Deutschland mit seinem Ostprogramm militärisch und wirtschaftlich gegen Polen rüste, während doch mit der Osthilfe einzig und allein bewirkt werden soll, die deutsche Wirtschaft im Osten zu fördern und zu stärken. Aber Polen muß einen Vorwand zu seinen Rüstungen haben, und daher erfindet es immer wieder das Märchen, Deutschland wolle Polen mit Krieg überziehen, obgleich sich jeder objektive Mensch sagen muß, daß die Reichswehr auf Grund ihrer geringen Zahl und ihres Mangels an modernen technischen Hilfsmitteln gar nicht dazu in der Lage ist.

Auch militärpolitisch richtet Polen in seinem Westprogramm sein Hauptaugenmerk auf Pommerellen. Hier liegt das Problem des Weichselkorridors, das seit seinem Bestehen noch nicht aus der internationalen Diskussion verschwunden ist. Der Warschauer Generalstab arbeitet mit einem Plan auf weite Sicht und weiß die Propaganda zur Erreichung seiner Ziele im polnischen Westprogramm auszunutzen. Eine Denkschrift über die Befestigung Pommerellens beginnt folgendermaßen: „Die militärische Bedeutung Pommerellens reicht erheblich weiter als die Verteidigung der Verbindungen mit Gdingen und Danzig. Denn Pommerellen bedeutet nicht nur den Weg zum Meer, sondern ist auch eine Schranke, die Ostpreußen vom Deutschen Reich trennt.“ Es heißt dann weiter, an der Westgrenze Pommerellens müsse ein starkes Blockhausystem geschaffen werden, wodurch die schon von Natur starke Verteidigungsanlage des Geländes zu einem unüberwindlichen Hindernis würde. Die Warschauer Strategie geht dahin, daß im Falle eines Krieges Pommerellen auf jeden Fall gehalten werden müsse, denn solange sei Ostpreußen ein Zahn, der wohl bereit zu beißen, aber des Giftes beraubt sei. Daher das Drängen der polnischen militärischen Stellen, am Westprogramm einen Hauptanteil zu haben. Als besondere Begründung führt die Denkschrift folgendes an: „Der politische Gesichtspunkt aus ist jede neue Verteidigungsstellung, jedes neue Maschinengewehrnest, das in Pommerellen gebaut wird, ein Nagel zum Sarge für das Verlangen der Deutschen nach Revision der Ostgrenzen.“

Hand in Hand mit dem Ausbau der Verteidigungsanlagen geht in Polen ein Grenzbahnausbauprogramm, das für die Provinz Posen bereits von der Posener Staatsbahndirektion ausgearbeitet worden ist. Polen will seine Randbahnen längs der Grenze durch neue Bauten miteinander verknüpfen und durch Bildung neuer Knotenpunkte sich eine Grenzbahn schaffen, die im Süden bei Kempen beginnt und sich längs der polnischen Westgrenze über Konitz hinaus bis nach Gdingen zieht. Nach Zeitungsmeldungen hat Polen für diese neuen Bahnbauten 970 Millionen Zloty bewilligt. Der gesamte Raum um Warschau weist nur ganz wenige Bahnen auf, weite Länderstrecken Polens sind ohne jeglichen Bahnverkehr. Im Gegensatz dazu haben die ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ein geradezu ideales Eisenbahnnetz, und doch streben die Polen ihre Millionen in Bahnbauten in diese Gebiete. Die polnische Grenzlandbahn von Kempen am Westrande Polens entlang nach Gdingen kann also nur eine rein strategische Bedeutung haben. Dies wird noch durch die Tatsache betätigt, daß Polen Bemühungen der Deutschen Reichsbahn, als Ausfluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen eine Erweiterung des Grenzbahnverkehrs zuzulassen, glatt abgeschlagen hat.

Das Pfingstgeschenk der Reichsregierung

„Sozial ungerecht, aber nötig“ — sagt Dr. Stegerwald

Das Pfingstgeschenk der Regierung lautet: Lasten, Lasten, Lasten. Nachdem die Allgemeinheit nach Annahme des Deckungsprogramms für den Reichsetat schon wenige Wochen später damit überrascht wurde, daß sich ein Defizit von einer dreiviertel bis zu einer Milliarde neu gebildet hatte, sah man mit großer Skepsis den neuen Regierungsbeschlüssen entgegen. Woher sollten die fehlenden Summen aufgebracht werden? Die Situation erinnert in manchem an die Sparaktionen, die seinerzeit durch Schachts Auftreten hervorgerufen wurden. Wieder ist sich alles klar darüber, daß es lo nicht weitergehen kann. Die allgemeine Not ist zu groß, als daß dieser Schrei noch überhört werden könnte. Man will sich zu entscheidenden Maßnahmen aufraffen. Aber, und das ist auch in diesem Falle wieder das Bedauerliche, man sieht keiner neuen positiven Weg. Es wird über ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm gesprochen. Aber woher die Milliarden kommen sollen, da-

über vermag niemand Auskunft zu geben. Man kündigt in Verbindung mit der unvermeidlichen Lohnsenkung eine Preiserhöhung an, ohne sich darüber im klaren zu sein, wie diese Entscheidung durchgeführt werden kann. Und im Hintergrund aller Weisheit stehen neue Steuern.

Das einzige wirklich Positive an dem Programm der Regierung ist der Versuch, die Lasten der Krankenversicherung abzubauen und dadurch wenigstens einen gewissen Ausgleich wieder zu schaffen. Daß hier tatsächlich etwas geleistet werden kann, wurde schon mehrfach bewiesen; denn die Belastungen, die die Angestellten- und Arbeiterchaft durch die Krankenversicherung tragen müßten, wären ungeheuerlich angeschwollen. Aber auch hier vorläufig nur ein Wille, aber noch kein Weg, Andeutungen, denen man so lange misstrauen muß, bis sie zur Tat werden. Denn man kennt ja schon zur Genüge das Verfahren: erst wird bestimmt, und später ist mit den Betroffenen keine Einigung zu erzielen, weil niemand freiwillig ein Opfer bringen will.

315 Millionen RM. sollen durch die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrages bezw. durch die Sparmaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung eingebracht werden. So bedauerlich auch die erneute Belastung der Erhöhung des Sahes für die Arbeitslosenversicherung ist, darf man deren Wirkung für den einzelnen doch nicht überschätzen. Denn sie beträgt bei einem Lohn Einkommen von ca. 200 RM., also schon höheren Löhnen und Gehältern, nur eine Mark im Monat. Man wird die Berechtigung zu einer solchen Erhöhung als einer Notmaßnahme nicht abstreiten können.

Biel bedenklicher erscheint das Notopfer der Festbesoldeten in der öffentlichen und der Privatwirtschaft, und zwar einfach aus dem Grunde, weil es keine Störfelung enthält. Hier ist der Entwurf viel zu roh ausgearbeitet. Der Gedanke, daß auch die Festbesoldeten zu der Notstandsaktion herangezogen werden sollen, ist durchaus gesund und gerechtfertigt, aber davon muß dies in einer Weise erfolgen, daß nicht einzelne Gruppen in schwerster Weise belastet werden, während gerade die potentesten Kreise, auf die man angeblich wegen der Kapitalflucht Rücksicht nehmen muß, viel besser dabei wegkommen.

Zimmerhin ist es erfreulich, — und das muß hervorgehoben werden — daß in relativ kurzer Zeit in Kreisen der Regierung eine Einigung erzielt wurde, und daß damit zu rechnen ist, daß die Maßnahmen auch in beschleunigter Weise durchgeführt werden. Man wird nach einer Mehrheit im Reichstag suchen, die sich finden lassen wird, wenn man die offensichtlichsten Uebel der neuen Deckungspläne beseitigt.

Die politischen Pfingstferien sollen diesmal nicht nur dazu gut sein, um sich zu erholen, sondern um nachzudenken, wie positiv Abhilfe geschaffen werden kann. Die kleinen Mittel und Mittelchen, die man uns in dozierter Form immer wieder verabreicht, können vielleicht betäubend wirken, aber sie bringen keine Besserung im Zustand des Kranken. Dies wird allein möglich sein, wenn eine richtige Kur angewandt wird. Dazu bedarf es aber in erster Linie eines tüchtigen Arztes, der erkennt, woran es wirklich fehlt.

Einige hoffnungsvolle Töne bekam man zu hören. So hat beispielsweise die Reichspost verkauften lassen, daß ihrer Ansicht nach der Tiefpunkt der Konjunktur überschritten sei. In allen Ecken und Enden soll Abhilfe geschaffen werden. Vorrückung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost, darüber hinaus ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Das alles sind Einzelaktionen. Sie können nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn ein weitgehender Waffenstillstand zwischen allen Betroffenen — Unternehmern, Arbeitern, Angestellten und Festbesoldeten — geschlossen wird, bis das Staatschiff wieder flott ist.

E. Fr.

Deutscher Protest in Warschau

Die deutsche Note

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kauscher, hat der polnischen Regierung eine Note übergeben, in der es zum Schluß heißt: Als die polnische Regierung es unmittelbar nach dem Zwischenfall für angebracht hielt, bei der deutschen Regierung wegen eines angeblichen Unrechts deutscher Beamter Verwahrung einzulegen, hat die deutsche Regierung dies sofort zurückgewiesen und ihrem Bestreben darüber Ausdruck gegeben, daß die polnische Regierung sich zu einem solchen Schritte entschlossen hatte, obwohl damals der Tatbestand noch nicht klar zu übersehen war, und obwohl die polnische Regierung dies durch den Vorschlag auf Einsetzung einer gemischten Kommission selbst zugab. Das Ergebnis der jetzt durchgeführten Untersuchung beweist, daß die damalige Stellungnahme der deutschen Regierung vollumfänglich berechtigt war. Darüber hinaus muß die deutsche Regierung jetzt aber ihrerseits Protest gegen das gesamte Verhalten der beteiligten polnischen Beamten erheben. Die deutsche Regierung erwartet, daß die polnische Regierung die schuldigen Beamten zur Rechenschaft ziehen und die erforderlichen Maßnahmen treffen wird, um die Wiederholung derartiger, für die nachbarlichen Beziehungen gefährlicher Vorgänge zu verhüten. Gegen den in Haft befindlichen polnischen Grenzschutzbeamten ist das ordentliche Strafverfahren eingeleitet.

Eine neue polnische Note zum Reuhöfener Zwischenfall
Warschau, 9. Juni. Wie verlautet, ist der polnische Gesandte in Berlin beauftragt worden, im Auswärtigen Amt eine Verbalnote zu überreichen, die im wesentlichen die Vorstellungen Polens zum Reuhöfener Zwischenfall vom 26. Mai wiederholen soll.

Stellungnahme der Beamtenchaft

Stuttgart, 9. Juni. Vom Württ. Beamtenbund wird u. a. geschrieben: Die Stellungnahme der Reichsregierung zum Notopfer übertrifft die schlimmsten Befürchtungen der Beamtenchaft. Diese Vorschläge sind so unerhört, daß die Beamtenchaft den Kampf mit allen Mitteln anzunehmen wird. Nachdem die Warnungen des Deutschen Beamtenbundes bei der Reichsregierung nicht gefruchtet haben, werden in den nächsten Tagen weitere Abwehrmaßnahmen eingeleitet. Der Württ. Beamtenbund hat sich zunächst an die württembergische Regierung gewandt und sie aufgefordert, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die beabsichtigten Maßnahmen Einspruch zu erheben. Der Vorschlag der Reichsregierung ist nicht nur ein Verstoß gegen die Reichsoverfassung (Art. 134), sondern er stellt eine heuchlerische Ungerechtfertigkeit schlimmer Art dar, weil nach ihm leistungsfähige Volksschichten (Kapitalisten und Angehörige freier Berufe mit höherem Einkommen) auf Kosten eines Berufsstandes, der seither schon mit jedem Pfennig Einkommen zur Steuer herangezogen wurde, ausgehen.

Der drohende Wirtschaftskrieg

Erschütterung des Schutzzollwahrns durch Kanada Von Paul Oskar Seidl

Dreiunddreißig Regierungen haben nachdrücklichen Einspruch geltend gemacht gegen die Hochschutzzollpläne, die vom Kongreß der Vereinigten Staaten nun schon seit Jahresfrist unter wachsender Beunruhigung der Weltwirtschaftsabwicklung beraten werden. Der nächste Nachbar der Staaten, Kanada, findet sich nicht auf der Liste der Protestler, zieht es vielmehr vor, sofort mit einem Kompromißtarif gegen Amerika aufzuwarten. Er ist im Verlaufe der letzten Tage bekannt gegeben worden und bewirkt eine außerordentliche Ernüchterung der zollpolitischen Heißhühner im Senat und im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten. Wenn der kanadische Zollvorstoß jemals Wirklichkeit werden sollte, dann verspricht der Handel der Vereinigten Staaten mit seinem wichtigsten Käufer kaum noch eine lohnende Verdienstmöglichkeit. Die amerikanische Wirtschaft kann sich einfach nicht den Gefahren dieser Zölle aussetzen, die auf einen amerikanischen Schmelzen anderthalbe setzen. Dieses drastische Verfahren scheint aber die wirksamste Regel eines Knigge für den Umgang mit den Vereinigten Staaten zu sein. Amerika zeigt aller Welt die Faust, und diese Gebärde ist die einzige, die ihm als beweiskräftig erscheint. Seine Ausfuhr nach Kanada beträgt rund 850 Millionen Dollar, während Kanada nur für 500 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten absetzt. Einen solchen Käufer können die Amerikaner denn doch nicht vor den Kopf stoßen. Schon rufen einige ihrer Zeitungen aus, daß die neuen Zolltarife niemals das Licht der Welt erblicken würden.

In der Tat hört man unmittelbar nach dem Bekanntwerden der kanadischen Absichten Nachrichten, daß im Senatsauschuß, der die Zollvorlage immer noch berät, plötzlich die Einsprüche jener 33 Länder als nicht unwesentlich gekennzeichnet werden. Im Verlauf einer Sonderprüfung über die internationalen Proteste gegen die Tarifserhöhungen sprach Senator Smooth von Stapeln ausländischer Noten und Denkschriften, die sich in der Sache bei ihm als dem zuständigen Berichterstatter angesammelt hätten. Zahlreiche Staaten begnügten sich keineswegs mit einer einmaligen Stellungnahme. Frankreich habe den Amerikanern in den schärfsten Wendungen „Unfairness“ vorgeworfen und einer breiten Auseinandersetzung vom April eine noch ausführlichere Begründung seiner schweren Vorwürfe im Mai folgen lassen. Die Schweiz sei in kurzer Zeitfolge mit nicht weniger als drei Denkschriften mit höchst nachdrücklichen Vorstellungen hervorgetreten, und auch England, Deutschland und Spanien hätten ausführliche Darlegungen eingereicht. Während man als sicher annehmen könne, daß diese Länder mit Gegenmaßnahmen antworten würden, obwohl sie nicht ausdrücklich davon sprächen, drohten der Jrische Freistaat, die Südafrikanische Union, Ägypten, Italien und die Niederlande offen mit Kampfabsichten. Allen Befundungen seien im übrigen Nachweise beigelegt, daß die von Zolldruck bedrohten Einfuhrwaren durchweg überhaupt nicht mit amerikanischen Erzeugnissen auf dem inneren Markt in Wettbewerb stünden.

Das derartige Gedantengänge jetzt vom amerikanischen Kongreß selbst in die Öffentlichkeit getragen werden, ist eigentlich mehr, als bisher zu erwarten stand. Deshalb gewinnt vielleicht die gegenwärtig bestehende Meinungsverschiedenheit zwischen dem Senat und dem Repräsentantenhaus über die Frage der beweglichen Zölle und die Zollrückvergütung besondere Bedeutung. Wenn die abtrünnigen Republikaner bei ihrer Haltung zu diesen Problemen im Senat verharren, dann besteht in der Tat geringe Aussicht auf eine Verabschiedung der Zollvorlage. Vielleicht ist der Schutzzollwahn der amerikanischen Wirtschaft durch die Aussichten auf einen erbitterten Zollkrieg mit Kanada so weitgehend erschüttert, daß Hoover und seine Mannen sich auf dieser Felsbrücke davon machen! Vielleicht! Ebenso nahe liegt aber auch ein Kompromiß zwischen den beiden parlamentarischen Gruppen, und dabei würde für die Exporteure aller mit den Vereinigten Staaten in regem Güteraustausch stehenden Länder die drohende Gefahr leider nicht beschworen werden.

Die Entscheidung über den Wirtschaftskrieg der Welt steht auf des Messers Schneide. Amerika, das sich durch seine mangelhaft begründeten Kriegsschuldenforderungen und die Härte, mit dem es auf seinen Schiffschmelzen besteht, an der gegenwärtigen Weltwirtschaftswirrisis wesentlich mitschuldige gemacht hat, droht mit dem mutwilligen Bruch des Wirtschaftsfriedens durch seine phantastischen Schutzzollverschärfung. In Amerika weiß man sehr genau, daß die meist betroffenen Staaten ähnlich wie Kanada, mit dem man vermutlich noch zu einer Verständigung durch Ausnahmetarife zu kommen hofft, den amerikanischen Schlag mit äußerster Kraft erwidern könnten. Beispielsweise beträgt der amerikanische Einfuhrüberschuß nach Großbritannien rund 1,8 Milliarden RM., nach Deutschland — laut amerikanischer Statistik — 1,2 Milliarden, nach Frankreich nahezu eine halbe, nach Italien eine Viertel Milliarde, nach den Niederlanden fast ebenso viel, während die Südafrikanische Union sogar das Sechsfache ihrer Ausfuhr nach Amerika von dort bezieht. Alle diese Staaten sind also amerikanischer Willkür gegenüber unter normalen Verhältnissen durchaus genügend gerüstet.

Zugunsten des geplanten amerikanischen Vorgehens spricht aber der erschütternde Umstand, daß die Verhältnisse eben nicht normal sind. Großbritannien kann seine Ausfuhr von 1,2 Milliarden nach den Vereinigten Staaten nicht aufs Spiel setzen, denn seine Regierung sieht mit Schrecken die Arbeitslosigkeit immer noch stärker anwachsen. In England tritt die sommerliche Konjunkturerleichterung, die uns in Deutschland aus der schwersten Krise herauszureißen

pflegt, nicht in Erscheinung, weil dort die Arbeitslosigkeit mit der Ausfuhr enger als bei uns zusammenhängt. Im April laut die englische Ausfuhr gegen März erneut um 200 Millionen RM. (für Deutschland trat ein Rückschlag um 128 Millionen ein). Der Einfuhrüberschuß erreichte im gleichen Monat über 600 Millionen (Deutschland schnitt mit einem Ausfuhrüberschuß von 88 Millionen ab). Die Passivität der englischen Handelsbilanz überschritt damit für die ersten vier Monate die dritte Milliarde (unser Handelsbilanz blieb noch mit 140 Millionen RM. aktiv). Trotz der Passivität der englischen Handelsbilanz wirkt es auf die Wirtschaftslage Großbritanniens erschwerend, daß der Wert der Baumwolleneinfuhr verglichen mit April des Vorjahres von 126 auf 65 Millionen RM. und der Wert der Rolleinfuhr von 182 auf 90 Millionen RM. gesunken ist; denn das heißt Verminderung der Beschaffung wichtiger Rohstoffe zur Veredelung durch den englischen Arbeiter, also wachsende Erwerbslosigkeit.

In Deutschland sind die Außenwirtschaftsverhältnisse nicht so katastrophal, berechtigen aber keineswegs zu besonders freundlichen Erwartungen. Auch unsere Stellung gegenüber amerikanischer Zollwillkür ist dadurch geschwächt. Umso dringlicher wird auch von diesem Gesichtspunkt aus die Droffelung aller Steuern und Abgaben unserer Wirtschaft für Verwaltungszwecke, damit sie einem dennoch kommenden, durch Amerika vom Jann gebrochene Wirtschaftskrieg möglichst gerüstet gegenübersteht. Es muß erwartet werden, daß man sowohl in der Wilhelmstraße als auch unter der Goldenen Kuppel diese Bedrohung unseres Wirtschaftslebens nicht mit einer Sorglosigkeit betrachten, die unserer gegenwärtigen Lage kaum gerecht wird.

Die Stuttgarter Sommerausstellungen

Das Entwicklungstempo unserer Zeit ist beunruhigend. Neuerungen häufen sich auf Neuerungen. So spielend und anschaulich führt nichts in die Erzeugnisse der Neuzeit ein, wie die Stuttgarter Sommerausstellungen. Die Ausstellung „Technik im Helm“ zeigt die Neuerungen auf dem Gebiet der Haushaltsführung. Man lese nicht, das kennen wir alle schon. Nein. Hier handelt es sich tatsächlich um eine neuartige Schau. Zum erstenmal wird auf rein objektiver Grundlage dargestellt, welche tatsächlichen Erkenntnis sich mit technischen Geräten und Methoden erzielen lassen. Man sieht sich auch nicht zu sagen, wo a. B. ein Akku starker Gebrauch der Maschine nicht angebracht ist. Die Hausfrau wird zum erstenmal über das richtige Kochen, Heizen, Erwärmen und verschiedene andere Dinge an Hand hübscher Bilder aufgeklärt. Man sieht also, wie man mit dem geringsten Aufwand an Zeit und Geld den höchstmöglichen Nutzen erreichen kann. Und dann die zahlreichen technischen Neuerungen, die hier zu sehen sind! Die Erfindungen überraschen sich förmlich auch auf diesem Gebiet, wir nennen nur den sprechenden Draht, das fockende Eis, die neuesten Radiogeräte und vieles andere mehr.

Gleichzeitig findet auf dem Cannstatter Wasen wohl zum erstenmal in Deutschland eine Ausstellung statt, die ausschließlich dem Problem der „Strohe“ gewidmet ist. Sie ist nicht nur für Fachleute, sondern vor allem auch für Automobilfahrer und für jeden Laien höchst interessant. Man sieht hier, welche labelhafte Leistungen auf diesem Gebiet im letzten Jahrzehnt vollbracht worden sind. Die Strohe ist für das deutsche Volk ein Lebensproblem, denn Tausende bleiben leider lädlich „auf der Strohe“ liegen, wie die zahlreichen Automobilunfälle beweisen. Daneben zeigt in der Stuttgarter Stadthalle die „Lehrschau Holz“ das ungemein umfangreiche Anwendungsgelbete des verbreiteten Bau- und Werkstoffes Holz. Man sieht in welcher vielfältiger Art und Weise das Holz in unserem Leben eine Rolle spielt. Auch auf diesem Gebiet haben sich ganz neue Methoden bemerkbar gemacht, die alle in überaus anschaulicher Art und Weise in dieser Schau zu sehen sind. — Der Eintritt ist billich, wenn man eine kombinierte Karte zu Mark 1.50 für alle 3 Ausstellungen nimmt. Man kann sie dann an beliebigen Tagen besuchen. Für alle, die drauhen in der Einjamkeit fern von den Ausstellungen der Großstadt wohnen, ist es das Gesebene, diese Ausstellungen in aller Ruhe sich anzusehen.

Die Schwabensiedlung in Mecklenburg

Es wird uns geschrieben: Mecklenburg kann sich auf Weiteres jährlich mindestens 400 bis 500 häuerliche Siedler aus Süddeutschland aufnehmen, so viel Land wird freibändig an den Markt gebracht. Der Anfang ist da. Nach Kustow in Borvommern, wo sich das erste größere Schwabendorf bildete, haben sich 15 württembergische Bauernfamilien auf Jarnswanz, einem ehemaligen mecklenburgischen Rittergute, zu einer Dorfsiedlung vereinigt. Jarnswanz liegt etwa 20 Kilometer von der großen Handels- und Seehadt Rostock entfernt, nahe der Kleinstadt Tessin, die Zuckerfabrik und Molkereien hat. Im Halbkreis um dieses Siedlungsgebiet eine 15 000 Morgen große zusammenhängende Landfläche der Besiedlung erschlossen. In dieser Gegend, wo man vor einigen Jahren nur auf sehr weite Entfernungen einen Rittergutsbesitzer erblickte und polnische Schnitter in deutsche Scheunen die Ernte einholten, ist nun roeteres Leben eingezogen. Neue Dörfer sind entstanden, von Kad und Fern grühen die roten Dächer der Siedlungsbauten, von Krotz und Bleiz der Siedler steigt der gesunde Stand der Saaten auf lauber bestellten Ackerflächen, die die aufwendete Mühe lohnen werden. Der Boden ist durchna Klee- und Weizen ficher. Schneller als vielleicht mancher angenommen, haben sich unsere schwäbischen Bauern an das mecklenburgische Klima und Umgebung gewöhnt. Arbeitseifer und verträgliches Zusammenleben mit Siedlern aus Westfalen und Waldeck machte es ihnen möglich, die in der ersten Zeit stets eintretenden Schwierigkeiten leichter zu überwinden. Die Umstellung vom heimlichen Kleinbetrieb auf die viel größere Wirtschaft einer mecklenburgischen Bauernfamilie ging aus von hatten und Holz ist jetzt jeder württembergische Siedler von seiner Haustür aus sein Land, das er größtenteils übersehen kann. Bei allen Siedlungen wurde besonderer Wert darauf gelegt, daß der größte Teil des Aekers in der Nähe des Hofes liegt. Neue Obstplantagen sind mit jastlandischer Hand angelegt. Der Boden ist leicht zu bearbeiten und trägt durchweg höhere Erträge

als in Württemberg. Auch die Frauen und Kinder haben sich gut eingelebt und sind gesund und munter. Was unseren Schwaben neben der Bonität ihrer Aeder besonders gut gefällt, ist die ihnen zuzunehmende Anlage der Bauten, die genügend Licht und Luft in den Ställen gewähren, sowie hinreichend Platz für einen nach und nach zu beschaffenden Viehbestand darbieten. Für jede gewünschte wirtschaftliche Beratung stehen jastmännliche Beamte des Siedlungsunternehmens, wie der mecklenburgischen Landwirtschaftskammer, zur Verfügung. Somit dürften alle Voraussetzungen für ein gedeihliches Fortkommen der schwäbischen Siedler gegeben sein, zumal sie ja jetzt wesentliche Kapitalbeiträge (im Einzelfall bis zu 6000 Mark) vom württembergischen Staat erhalten können, außerdem Zinszuschüsse, die den vom Siedler aufzubringenden Zinsfuß 3 Jahre hindurch auf 1 Prozent ermäßigen. Später beträgt der Zinsfuß 5 Prozent. Die Rückzahlung hat in jährlichen Raten mit 1 Prozent zu erfolgen. Die weiteren Gelder bis zu 90 Prozent des Wertes gibt das Reich zu 5 Prozent in unklünderer Hypothek. Trotz dieser großen Kredite aus öffentlicher Hand muß der Vreuer, um eine 15 bis 20 Hektar große Siedlerstelle kaufen zu können, über ein bares Eigenkapital von 6—10 000 Mark verfügen, und 4000 Mark zum Kauf von 10 Hektar, nebst schlüsselfertigen Gebäuden, lebenden und toten Inventar und Erntevorräten. Hat der Siedlungsbewerber Grundbesitz in Württemberg, so kann durch nachstehenden billigen Kredit gebolten werden, die Mittel für die Anzahlung in Mecklenburg flüssig zu machen. Da die Erfahrung zeigt, daß in hoher Zahl württ. Bauernjöhne Baranitalien wohl in Höhe von 2—3000 Mark besitzen, aber nicht eben die Summen, die amanzulässig für Siedlerstellen als Anzahlung gefordert werden müssen, so sind Bestrebungen im Gange, um aus der Zusammenfassung dieser Gelder einen gewissen Prozentsatz den Landwerb zu ermöglichen. Es empfiehlt sich, daß sich diese Interessenten bei der Süddeutschen Siedlungsvereinschaft in Stuttgart, Kernerstraße 1, melden. Letztere ist ferner in der Lage, sowohl auf Jarnswanz, wie auf anderen neuen Siedlungsstätten in günstiger Verlebrslage in Mecklenburg mindestens 80—100 württ. Siedler unterzubringen. Ein großer Teil dieser Siedlerstellen ist bejungsfertig. In Mecklenburg sind die Siedlerstellen zur Zeit am billigsten. Es soll deshalb Ende Juni eine weitere gemeinsame Besichtigungsfahrt dorthin unternommen werden.

Bericht über die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 16. bis 31. Mai 1930

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

Die Lage der Arbeitslosigkeit hat in der zweiten Hälfte des Monats Mai wieder nur eine recht geringe saisonmäßige Abnahme erfahren. Das bei den Arbeitsämtern am Ende des Monats Mai noch vorhandene Gesamtangebot an Arbeitskräften hat sich um etwa 5000 Personen vermindert und betrug noch fast 144 000 Arbeitsjöhende. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung standen am 31. Mai 70 687 Personen (56 302 Männer, 14 385 Frauen), in der Krisenunterstützung 55 726 Personen (42 591 Männer, 13 135 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel in der Zeit vom 16. bis 31. Mai um 806 Personen oder um 0,9 v. H. von 87 218 Personen (70 117 Männer, 17 051 Frauen) auf 86 413 Personen (68 893 Männer, 17 520 Frauen); davon kamen auf Württemberg 29 508 gegen 30 246 und auf Baden 56 905 gegen 56 972 am 15. Mai 1930.

Ein Denkmal für den ersten Raucher

In dem spanischen Städtchen Agamonte herrschte dieser Tage große Aufregung. Vor etwa vier Wochen wurde unter besonderen Festlichkeiten ein Denkmal enthüllt. Tagelang sprachen die Bürger dieses Städtchens von diesem freudigen Ereignis, bis auf einmal die Ernüchterung kam. Der Stadtfonds hatte nämlich festgestellt, daß das Denkmal mehr kostete, als ursprünglich vorgesehen war, und daß 112 000 Peseten noch zu zahlen seien. Diese Erkenntnis wirkte auf die Festimmung wie eine kalte Dusche, denn für die unnothetgegebene Ausgabe war weder Geld noch Deckung vorhanden. Man wußte nicht, was man beginnen sollte. Guter Rat war teuer. Da hatte ein funder Stadtrordneter eine ausgezeichnete Idee. Er schlug seinen Kollegen vor: „Wenden wir uns an die Direktion des staatlichen Tabakmonopols, und ich bin sicher, diese wird uns helfen.“ Die Idee fand Zustimmung, und noch am selben Tage ging folgendes Schreiben nach Madrid ab:

„An die Direktion des staatlichen Tabakmonopols in Madrid! Vor etwa einem Jahr sagte die Stadtrordneterversammlung den Beschluß, das Andenken an unseren großen Bürger Rodrigo de Jerez durch ein Denkmal zu ehren. Was Rodrigo de Jerez für unsere Stadt, für ganz Spanien, ja für die Finanzminister und Steuerbehörden von ganz Europa bedeutet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Er war es, der mit unserem Christoph Columbus eine neue Welt zu entdecken auszog. Während Columbus uns mit einem neuen Weltteil bekannt machte, brachte sein Zeitgenosse der Welt den Genuß des Rauchens. Rodrigo de Jerez war aber zugleich der erste Märtyrer dieses Genußes. Er zündete zwischen seinen vier Wänden eine Zigarre an, und als seine Gattin sah, daß aus Mund und Nase ihres Mannes Rauch hervorquoll, glaubte sie, er sei vom Teufel befallen. Sie eilte daher zu Thomas Torquemado, dem Hauptinquisitor, und bot diesen zu versuchen, den Teufel aus ihrem Mann herauszujagen. Dies geschah auch. Allerdings legnete der erste europäische Tabakraucher bei dieser Prozedur das zeitliche. Aber, der Tabakgenuß wurde allgemein, und ohne Rodrigo de Jerez möchte es auch kein Tabakmonopol geben. Aus diesem Grunde bitten wir also, die beigeschlossenen Rechnungen zu begleichen.“

Die Direktion des staatlichen Tabakmonopols hatte Einsicht. Sie erkannte, was für sie der erste Zigarrenraucher bedeutet, bezahlte die Rechnungen und jetzt herrscht in Agamonte wieder viel Freude.

Humor

Anneli wird einer größeren Gesellschaft vorgeführt und will dann auf das Kinderstübchen zulaufen, das ihr von der Tür her winkt, gleitet aber auf dem glatten Parkett aus und rutscht wie ein großer weißer Spitzball eine ganze Strecke weit durchs Zimmer. Eine junge Dame bricht über diesen drohlichen Anblick in helles Lachen aus, worauf sich Anneli, nachdem sie sich schnell auf die Beine gestellt hat, umdreht und in tiefem, ernstem Ton zu der Lachenden sagt: „Wie herlos!“

Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer.
Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altenfels.

